

# Vresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckkosten: Nachrichten Dresden  
Verlagsnummer: 24 941  
Ruz für Nachrichten: Nr. 10 111  
Schließung u. Druckkosten: Dresden  
Verben - K. 1, Kassenbuch 20/28

Bezugspreis bei täglich zweimaliger Belegung monatlich 2.50 RM. (einschließlich 10 Pfg. für Kräfte-  
lohn), bei wöchentlich 1.20 RM. einschließlich 5 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1 mal  
wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsen 15 Pfg. Anzeigenpreis: Die  
einzelne Zeile 20 mm breite Seite 25 Pfg., für außerorts 40 Pfg., die 20 mm breite Reklamenseite 200 Pfg.  
außerorts 350 Pfg. abg. Anzeigenpreis: 11. Zahl, Familienanzeigen und Geschäftsleute ohne Rabatt  
25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offiziengeld 20 Pfg. Wochentliche Kulturen gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Dietrich & Wiedrich,  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Kochbuch nur mit best. Zusatzen  
(Dresden, Nachr.) 10/111. Unverlangte  
Schreibzettel werden nicht aufbewahrt

## Sardieus Schachzug gegen Deutschland

### Die Donauebderation als Druckmittel

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 3. März. Der französische Ministerpräsident Tardieu, der zu den geistigen Vätern des Versailler Friedensvertrages gehört, hat zu einem neuen großen Schachzug gegen Deutschland ausgeholt. Er will der deutschen Wirtschaft den Weg, auf dem sie sich nach Absatz verschaffen könnte und der erstmalig in größerer Maße durch die geschickte deutsch-österreichische Zollunion beschränkt werden sollte, verbarren. Tardieu hat zu diesem Zweck bei den diplomatischen Vertretern Österreichs, Ungarns und der Kleinen Entente in Paris einen Schritt unternommen, um zu klären, inwieweit diese Staaten bereit wären, eine Art wirtschaftliche Donauebderation zu bilden. Tardieu's Plan geht dahin, nicht nur Deutschland von den Nachfolgestaaten und darüber hinaus vom südöstlichen Europa zu isolieren,

sondern auch der Anschlußbewegung in Österreich dadurch die Pforten zu entziehen, daß Österreich gewisse wirtschaftliche Vorteile im Rahmen eines festen wirtschaftlichen Bündnisses mit der Tschechoslowakei, Ungarn, Estland und Rumänien geboten werden.

Da die ungarische Regierung in letzter Zeit in Paris Anleihenverhandlungen geführt hat und Österreich gelegentlich seine finanzielle Abhängigkeit von Frankreich sehr stark hat empfinden müssen, glaubt Tardieu offenbar, natürliche wirtschaftliche Schwierigkeiten dieses gegen Deutschland gerichteten Planes überwinden zu können. Der französische Ministerpräsident hat hiermit die schon beim Friedensschluß von St. Germain aufgetauchten Pläne einer Donauebderation unter dem Einfluß Frankreichs und der Ausschaltung Deutschlands wieder aufgearbeitet. Was ihn dazu bewegen hat, dürfte einmal der Gedanke sein, die angeblichen Gefahren, die sich aus einer Zollunion zwischen Deutschland und Österreich für Frankreich hätten ergeben können, ein für allemal zu beseitigen.

Der Hauptgrund ist aber ohne jeden Zweifel der, die am 20. Juni beginnende Tribunkonferenz im französischen Sinne vorzubereiten.

Deutschland soll isoliert und damit müde gemacht, es soll erneut auf die Anie gezwungen und zur Annahme eines dritten Tribunkonferenzplanens bereitgemacht werden.

Die Vorbereitungen der französischen Pläne wurden in der Weise getroffen, daß man insbesondere Österreich und Ungarn, die bei der heutigen Wirtschaftsgestaltung Mitteleuropas nicht existieren können, finanziell bis auf das äußerste erschöpfte. Dies ist gelungen, und namentlich Österreich ist völlig am Ende seiner Kräfte angelangt. Das amtierende Wiener Kabinett bürgert sich, das sich, wie entgegen anderslautenden Meldungen festgestellt werden muß, Deutschland gegenüber durchaus loyal verhalten hat — auch die Ausschüttung Schobers darf nicht so verhandelt werden, als ob Dr. Durech einen grundsätzlichen Kurswechsel seiner Politik vorgenommen hätte — lag sich am 16. Februar genötigt, eine Erklärung an die Mächte herauszugeben, in der ausgedrückt wurde, daß die österreichische Regierung „mit allen Staaten, die dazu bereit sind, in Verhandlungen über eine wirtschaftliche Annäherung einzutreten“ wünsche. Es wurde damals betont, daß es eine Lebensnotwendigkeit für Österreich sei, daß solche Verhandlungen stattfinden und zu positiven Ergebnissen führten. Die Erwähnungen nun, die auf Grund dieses österreichischen Dilemmas in Berlin angestellt wurden, läßt sich dazu, daß in gewissem Sinne eine Durchkreuzung der Pläne Tardieus erfolgt. Es muß aber hierbei betont werden, daß es sich hierbei um keine eigens für diesen Zweck ausgearbeitete Aktion handelt, vielmehr liegt der Entschluß an dem deutschen Schritt, der heute durch den deutschen Volkshafter in Wien bekanntgegeben wurde, weit vor dem

Zeitpunkt, an dem Tardieu seine Einkreisungspläne gegen Deutschland erörterte.

Der deutsche Schritt stellt eine Hilfe für Österreich in der Weise vor, daß sich Deutschland bereit erklärt, Österreich Präferenzen für seinen Export nach Deutschland zu gewähren.

Das bedeutet, daß Deutschland trotz der schweren Notlage, in der es sich selbst befindet, gewillt ist, österreichische Waren aufzunehmen, um durch diese Exportmöglichkeit dazu beizutragen, Österreich am Leben zu erhalten. Ueber die hierzu notwendigen Einzelheiten werden die Verhandlungen schon in kurzer Frist beginnen. Die von Deutschland gewährten Präferenzen allein sind aber nicht ausreichend, das Geld, in dem sich Österreich befindet, entschuldigend zu mildern. Man hofft, daß die Bekanntgabe des deutschen Willens dazu führt, daß noch weitere Staaten als Großabnehmer für die österreichischen Erzeugnisse diese Präferenzen gewähren werden.

Hierbei ist in erster Linie an Italien gedacht, dessen Bedeutung für den österreichischen Absatz ja hinreichend bekannt ist.

Welange es, ein Präferenzsystem dieser Art auf breiter Basis durchzuführen, so wäre das tatsächlich die wirksamste Durchkreuzung der französischen Pläne. Darüber, daß eine Donauebderation, wie sie Herr Tardieu vorstreckt, auf die Dauer ganz und gar nicht durchzuführen ist, dürften sich auch die geistigen Väter dieses Planes klar sein. Die Föderation, die Tardieu jetzt erhebt, ist nämlich wirtschaftlich gesehen ein Mißgebilde, und selbst die Goldberge, über die Frankreich verfügen kann, würden nicht ausreichen, eine solche wirtschaftliche Konstellation durch längere Jahre am Leben zu erhalten. Lediglich ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in dem Sinne, wie er schon durch die deutsch-österreichische Zollunion vorbereitet werden sollte, vermag die mitteleuropäischen Staaten am Leben zu erhalten.

Es zeigt sich jetzt auch, daß der von Deutschland und Österreich damals angeregte Präferenzgedanke sich immer mehr durchsetzt.

Man hat von deutscher Seite versucht, Präferenzverträge auch mit Rumänien und Ungarn abzuschließen, jedoch scheiterte das am Widerspruch der meistbegünstigten Staaten, wie Sowjetrußlands, Englands, der Türkei usw. Jetzt sind nun Verhandlungen eingeleitet worden, die hoffen lassen, daß diese Staaten auf ihren Einspruch verzichten. Es ist in diesem ganzen Zusammenhang sehr interessant, daß man selbst in den wenigen Pariser Blättern, die über ausreichende wirtschaftliche Einflüsse verfügen, daran zweifelt, ob Tardieu seine Pläne durchsetzen können. Es wird die Aufgabe der Reichsregierung sein müssen, gegenüber Herrn Tardieu selbst mit allem Nachdruck zum Ausdruck bringen zu lassen, daß Deutschland keine Forderung durchkreuzt und daß eine wirtschaftliche Gefährdung Mitteleuropas ohne Beteiligung Deutschlands völlig ausgeschlossen ist. Der Reichskanzler hat den deutschen Vorkämpfer in Paris, von Dörsch, zu einer Besprechung nach Berlin gebeten. Man wird annehmen können, daß im Mittelpunkt dieser Besprechungen die neuen Pläne Tardieus stehen werden. Es wäre zu wünschen, daß Herr von Dörsch, wenn er nach Paris zurückkehrt, an den dortigen amtlichen Stellen nachdrücklich gegen das Unannehme und Föhrliche einer von Frankreich abhängigen Donauebderation protestiert. Eine besonders able Rolle in der ganzen Angelegenheit, die Frankreich vertritt, hat wieder einmal der tschechische Außenminister Beneš gespielt. Er hat sich wieder einmal in der Rolle des „französischen Wendehals in Mitteleuropa“ gezeigt. Wahrscheinlich für ihn war ganz offenbar das französische Gold, denn die letzte große Anleihe, die die Tschechoslowakei von Frankreich bekam, hat sie in der Erwartung treuer Dienste erhalten.

### Der Reichspräsident

Durch Beschluß des Reichstags ist nunmehr auf Vorschlag der Reichsregierung der 18. März für den ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl und der 10. April für den zweiten Wahlgang festgelegt worden. Damit stehen die Termine für einen der wichtigsten Wahlakte des deutschen Verfassungslebens fest. Seine Bedeutung ergibt sich aus der sehr einflussreichen Stellung, die dem Reichspräsidenten durch die Reichsverfassung und vor allem durch die Praxis des deutschen Staatslebens der letzten Jahre, namentlich durch das Notverordnungsrecht des Artikels 48, überliefert worden ist. In den ersten Jahren der deutschen Republik, als der Reichstag und die Mehrheitsparteien, entgegen den Verfassungsbestimmungen, in dem Gefäß ihrer Willkür das Schicksal der Regierungen nach von Parteikonfessionen und den Wünschen kleinparteilicher Parlamentsgruppen abhängig machten, schien es, als ob in der Praxis der Reichspräsident lediglich ein dekoratives Amt innehatte, dessen Bedeutung sich im wesentlichen in formalen Funktionen erschöpfte. Damals erschloß gegenüber der Willkür der Mehrheitsparteien und ihrem oft unwürdigen Treiben um Ministerielle der Reichspräsident dem Reichspräsidenten! Unter dessen hat das Parlament alles getan, um sein Ansehen durch Unentschlossenheit, durch seine Unfähigkeit, einen tragfähigen Mehrheitswillen zu bilden, und durch Verantwortungslosigkeit gegenüber den Folgen seiner eigenen Taten, so gründlich zu zerstören, daß ihm gar nichts anderes übrigblieb, als sich freiwillig weitestgehend aus unserem Verfassungsleben auszuschalten. Im Laufe dieser Entwicklung zeigte sich nunmehr, daß der Reichspräsident bereits in der Weimarer Verfassung über außerordentlich große Machtbefugnisse verfügt, die eine Erweiterung bald als überflüssig erscheinen ließen.

Tatsächlich wuchsen seine Machtbefugnisse so, daß der Reichspräsident nicht nur neben, sondern an Bedeutung und Selbständigkeit sogar vor den Reichstag trat, der sich in den ersten Jahren demokratischer Begeisterung gerne als der eigentliche politische Machtfaktor läßt. Es hat sich im Laufe der verfassungsgeschichtlichen Entwicklung in markanter Weise gezeigt, daß auch die starren Paragraphen der Reichsverfassung unter dem Wandel der politischen Verhältnisse und den Erfordernissen des praktischen Lebens sich mit neuem Inhalt erfüllen lassen. Gewisse Bestimmungen, die über die Rechte der Volksvertretung handeln und die jahrelang einseitig im Vordergrund standen, sind zurückgetreten, während die verfassungsmäßigen Rechte des Reichspräsidenten dafür auf das härteste in den Vordergrund der politischen Praxis rückten. Es hat sich ein verfassungsgeschichtliches Gewohnheitsrecht ausgebildet, das kaum wieder in die Zeiten des unumschränkten Parlamentarismus zurückverwandelt werden kann. Damit ist die Reichspräsidentenwahl zum mindesten ebenso stark in den Brennpunkt der politischen Ereignisse gerückt, wie das bis jetzt eigentlich nur von den Parlamentswahlen galt. Der Reichspräsident hat durch die Fülle wesentlicher Aufgaben, die gemohnheitsrechtlich jetzt stark unterstrichen worden sind, einen Einfluß auf den Ablauf des politischen Geschehens, der bereits über dem des Parlaments steht. Da er außerdem in der Lage ist, den Reichstag jederzeit aufzulösen, da seine Absetzung durch Volksentscheid auf Grund eines Parlamentarischbeschlusses praktisch unmöglich ist und er auf den langen Zeitraum von sieben Jahren gewählt wird, während die Legislaturperiode des Reichstages nur vier Jahre beträgt, ergibt sich, daß viel härter als Parlamentswahlen die Verhältnisse des jeweiligen Reichspräsidenten unserem politischen Leben ihren Stempel aufdrücken vermag. Es braucht wohl angeklagt dieser Tatsache seiner Hervorhebung, wie entscheidend es ist, welche Persönlichkeit durch den Wahlakt in den Besitz so starker Machtbefugnisse kommt, die man nicht mit Unrecht sogar für bedeutender als die Befugnisse des Kaisers bezeichnen darf.

Im einzelnen vertritt der Reichspräsident das Reich völkerechtlich. Er schließt im Namen des Reiches Bündnisse und andere Verträge mit auswärtigen Mächten, er beauftragt und empfängt die Gesandten, er ernennt und entläßt die Reichsbeamten und Offiziere, er hat vor allem auch den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches, und er übt das Begnadigungsrecht aus. Besonders wichtig aber ist das Recht des Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister zu ernennen und zu entlassen. Dieses Recht

## Sardieu übergeht die Reichsregierung

Berlin, 3. März. Wie verlautet, ist nicht bekannt, daß der französische Ministerpräsident Tardieu den deutschen Botschafter in Paris oder die deutsche Vertretung in Genf über seine Pläne einer wirtschaftlichen Donauebderation zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei unterrichtet hat, obwohl er in Genf sowohl den englischen wie auch den italienischen Außenminister darüber ins Bild gesetzt hat. Diese bewußt unterschiedliche Behandlung steht im krassen Gegensatz zu der Tatsache, daß sich Deutschland und Österreich seinerseits bereit hatten, den Plan einer Zollunion in allen europäischen Hauptstädten gleichzeitig amtlich bekanntzugeben.

### „Nicht ohne Deutschland“

Wien, 3. März. In einer Großdeutschen-Versammlung nahm Bundesminister a. D. Dr. Schürff zur Frage einer Vollenzieht der Donauebderation Stellung. Er sagte, daß nach wie vor in Österreich der Wille und die Notwendigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft der Donauebderation bestehe, die jedoch nur mit Deutschland zusammen eine lebensdauernde und erfolgreiche Wirtschaftsgemeinschaft für Mitteleuropa bedeuten könne. Darum müsse jeder Versuch, diese

mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft ohne Deutschland zu bilden, wegen der fragwürdigen wirtschaftlichen Bedeutung und Auswirkung als nutz- und aussichtslos abgelehnt werden.

### Streeruwitz unterwegs nach Berlin

Wien, 3. März. Der Präsident der Wiener Handelskammer, Bundeskanzler a. D. Streeruwitz, ist zu einem am Freitagmorgen aus Wien nach Berlin gerichteten, um dort an einer Tagung im Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit teilzunehmen.

### Runciman für Streichung der Tribute

London, 3. März. Der Präsident des Handelsamtes, Runciman, sprach sich heute in einer Rede, die er vor dem Verband der Auslandsjournalisten hielt, für die Einstellung der Kriegsschulden- und Reparationszahlungen aus. Er betonte, daß diese Zahlungen den Weltmarkt lähmten und den internationalen Güteraustausch verhinderten und an dem katastrophalen Sturz der Weltmarktpreise schuld seien, der ein der wichtigsten Momente der gegenwärtigen Krise sei.

Heute: **D.N.**  
Der **D.N.**-Krafffahrer  
Seite 9 und 10